

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
--------------	---

Einleitung.....	1
-----------------	---

### Teil 1:

Grundlagen.....	9
Abschnitt I – Rechtsgeschichte und -wirklichkeit.....	9
§ 1 Historischer Hintergrund der Problematik – eine Skizze.....	9
A. Prozesswirtschaft als immerwährende Baustelle.....	9
B. Kontrolle staatlicher „Interna“ .....	13
C. Recht und Räson.....	13
D. Unspezifische, nichtjuristische Begleitung zum Effizienzgedanken.....	15
§ 2 Moderne Wirklichkeit.....	16
§ 3 Einzelne soziologische Ansätze.....	17
A. Überhang an Erklärungsversuchen.....	17
B. Max Weber.....	18
C. Niklas Luhmann.....	19
Abschnitt II – Theoretische Determinanten.....	23
§ 1 Vorgegebene Erwartung prozessualer Ökonomie.....	23
§ 2 Ökonomische Theorien und ökonomische Analyse des Rechts.....	24

### Teil 2:

Begriff der Prozessökonomie und sein Gehalt.....	31
Abschnitt I – Inhalt des Wirtschaftlichkeitsprinzips.....	31
§ 1 Grundüberlegungen.....	31

A.	Ausgangspunkt.....	31	
B.	Ein Zweck als Fixstern.....	32	
	I. Grundgedanke.....	32	
	II. Im Recht relevante Zwecke.....	34	
§ 2	Elemente eines allgemeinen (verfassungs-)juristischen Wirtschaftlichkeitsprinzips.....	34	
	A. Minimal- und Maximalprinzip.....	35	
	B. Berücksichtigung des Kosten-Nutzen-Vergleichs.....	36	
	C. Die Variablen der Kosten-Nutzen-Betrachtung.....	37	
		I. Nutzen.....	37
		II. Kosten.....	38
		1. Umfassender Kostenbegriff.....	38
		2. Selektion der im Wertesystem relevanten Kostenpunkte.....	39
		3. Kontextbedingte Selektion.....	40
		4. Gewichtung einzelner Posten.....	41
		III. Mehr-oder-weniger-Einhaltung von Wert-Vorgaben.....	45
	D. Genaugkeit des Wirtschaftlichkeitsmaßstabs.....	47	
		I. Wirtschaftlichkeit als Ausschlussprinzip zu Gunsten wirtschaftlich vertretbarer Ergebnisse.....	47
		II. Ansatz einer theoretischen Unterfütterung.....	54
		III. Von vornherein großzügige Normdichte statt zweierlei Maß.....	57
		IV. Unverwertbarkeit wirtschaftswissenschaftlicher „Details“.....	59
	E. Allgemeine Abwägungskritik.....	63	
	F. Eine klarstellende Abgrenzung zur Verhältnismäßigkeit.....	65	
	Abschnitt II – Die Wirtschaftlichkeit im Gerichtsprozess.....	68	
§ 1	Bedenkenfreie Anknüpfung an das bis hierher Gesagte.....	68	
§ 2	„Prozesskosten“ .....	70	
§ 3	„Prozessnutzen“ – Der Prozesszweck als Anknüpfungspunkt des in die Wirtschaftlichkeitsrechnung einzustellenden Ertrags.....	71	
	A. Idee.....	71	
	B. Identifikation der maßgeblichen Prozesszwecke.....	72	
		I. Objektive und subjektive „Interessen“.....	74
		II. Rechtswegübergreifende Prozesszwecke.....	76
		1. Realisierung des materiellen Rechts.....	77
		a) Realisierung sowohl subjektiver Rechte als auch objektiven Rechts.....	77
		b) Zur Bedeutung der Wahrheitsermittlung.....	86
		(1.) Verfassungsrechtlicher Auftrag zur Sachverhaltsermittlung.....	87

(2.) Ausmaß der anzustrengenden Wahrheitsfindung.....	88
(a) Generelle Anlage des Verfahrens.....	88
(b) Verfassungsmäßige Verfahrensgestaltung im Einzelfall.....	89
(3.) Einschränkungen der Wahrheitsermittlungspflicht.....	95
(4.) Wahrheitsprüfung als Zweck des Prozesses?....	95
2. Rechtssicherheit.....	96
a) Gewissheit über die Rechtslage.....	96
b) Der Schlussstrich-Effekt.....	97
(1.) Autoritative Entscheidung zu bestrittenem oder verletztem Recht.....	98
(2.) Herstellen einer Einigung.....	99
(3.) Beendigung des konkret gegenständlichen Streits als solche.....	101
3. Rechtsfortbildung.....	101
4. Rechtsfrieden.....	103
a) Das Für und Wider des Prozesszwecks „Rechtsfrieden“.....	104
b) Gehalt des Prozesszwecks „Rechtsfrieden“.....	105
(1.) Abwesenheit von Streit.....	105
(2.) Selbsthilfeverzicht.....	106
(3.) Grundsätzliche Akzeptanz und Vertrauen gegenüber der staatlichen Ordnung und ihres Rechtsschutzsystems.....	106
5. Weitere (dubiose) Prozesszwecke?.....	107
a) „Akzeptanz“ und „Rechtsmittelfestigkeit“ der Einzelfallentscheidung.....	108
(1.) „Akzeptanz“ der einzelnen Entscheidung.....	108
(2.) „Ressourcen schonende Rechtsmittelfestigkeit“.....	109
b) Schnelles Ende.....	110
c) Sozialstaatlichkeit.....	110
d) Gerechtigkeit.....	112
6. Noch weitere (nur scheinbar relevante) Motive.....	116
a) Beschleunigung.....	116
b) Ressourcenschonung.....	117
c) Reduzierung der Gerichtskosten.....	119
d) Ressourcenverteilungsgerechtigkeit.....	119
III. Mögliche Besonderheiten der einzelnen Prozessrechtsarten.....	120
1. Zivil- und Arbeitsgerichtsprozess.....	121

a)	Umfassende Rechtsverwirklichung.....	121
b)	Kompensation von Schwäche.....	123
c)	Verhältnis der verfassungsrechtlichen Rechtsverwirklichungspflicht zum einfachrechtlichen Beibringungsgrundsatz.....	124
2.	Strafprozess.....	127
3.	Verwaltungs-, Sozial-, Finanz- und Verfassungsgerichtsprozess.....	129
§ 4	Eine resümierende Bestimmung des Begriffs Prozessökonomie.....	130
§ 5	Bezeichnung der Prozessökonomie als ein „Prinzip“.....	131

### Teil 3:

Normativer Unterbau.....	135
Abschnitt I – Verfassungsrechtliche Stützen.....	135
§ 1 Nutzen einer verfassungsrechtlichen Grundlage.....	135
A. Durch den Verfassungsrang bedingtes argumentatives Gewicht.....	136
B. Verankerung und Überprüfung der mit der Prozessökonomie verbundenen grundlegenden (prozess-)rechtspolitischen Vorgaben am Maßstab des Grundgesetzes.....	136
C. Wappnung des Prozessrechts für einzelfallabhängige Verfassungsgerichtsintervention.....	137
D. Anwendungsbereich, einheitliche und „gesicherte“ Geltung....	137
E. Beeinträchtigung von (auch „schränkenlosen“) Verfassungsbelangen und Relevanz für die Auslegung und Abweichung von Verfahrensnormen.....	138
F. Die Natur der Sache.....	142
§ 2 Mögliche verfassungsrechtliche Säulen der Prozessökonomie.....	143
A. Was kommt als Säule in Frage?.....	143
I. Grundstock für ein allgemeines Wirtschaftlichkeitsprinzip.....	144
1. Die Menschenwürde – Artikel 1 I GG.....	144
2. Das Gemeinwohl.....	145
3. Artikel 3 I GG.....	147
4. „Vorbehalt des Möglichen“.....	149
5. Artikel 20 II 2, 83ff. in Verbindung mit Artikel 20 I, 28 I sowie mit Artikel 33 II und V GG – dies alles wiederum im Zusammenhang mit dem Erfordernis der Funktionsfähigkeit der staatlichen Stellen und dem so genannten „Vorbehalt des Möglichen“.....	153

6.	Allgemeines Gebot zur „Nachhaltigkeit“?.....	157
7.	Artikel 114 II 1 GG.....	160
a)	Über Aufgabenzuweisung hinausgehendes Wirtschaftlichkeitsgebot.....	160
b)	Adressaten.....	161
(1.)	Durchgreifen auf das Staat-Bürger-Verhältnis.....	161
(2.)	Unterscheidung zwischen Bund und Ländern.....	161
(3.)	Differenzierung zwischen den drei Staatsgewalten.....	162
c)	Rein finanzieller Maßstab?.....	167
8.	Artikel 14 oder 2 I GG als Besteuerungs- Abwehrgrundrechte.....	169
9.	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.....	173
10.	Das Wirtschaftlichkeitsgebot als Konsequenz in den materiellen Grundrechten wurzelnder Verfahrens- und Organisationspflichten.....	175
11.	Zwischenergebnis zu den verfassungsrechtlichen Säulen eines allgemeinen Wirtschaftlichkeitsprinzips	178
II.	Säulen für ein Prozesswirtschaftlichkeitsprinzip.....	179
1.	Rechtsethik und Verhältnismäßigkeit.....	179
2.	Prozessgrundrechte.....	185
a)	Artikel 19 IV GG.....	186
(1.)	Der Prozesskosten-Aspekt.....	186
(2.)	Der Zeitaspekt und weitere Gesichtspunkte effektiven Rechtsschutzes.....	187
(3.)	Tragkraft von Artikel 19 IV GG als Prozessökonomie-Stütze.....	190
b)	Allgemeiner Justizgewährungsanspruch.....	191
c)	Der prozessrechtliche Eigentumsschutz und seine Erweiterung auf sämtliche Freiheitsrechte..	194
d)	Art. 101 I 2 GG.....	196
e)	Artikel 103 I GG.....	199
(1.)	Pflicht des Gerichts zur Würdigung des Beteiligenvortrags.....	199
(2.)	Begründungspflicht.....	200
(3.)	Anspruch auf rechtliches Gehör in angemessener Zeit.....	201
f)	Recht auf ein faires Verfahren.....	202
(1.)	Allgemeine Garantie.....	203
(2.)	Selbstwiderspruchsverbot.....	204
(3.)	Beschleunigungsgebot.....	204

3.	Richterliche Unabhängigkeit.....	206
4.	Materielle Grundrechte.....	208
a)	Verfahrensdimension.....	208
(1.)	Grundrechtsschutz im Verfahren.....	209
(2.)	Grundrechtsschutz durch Verfahren.....	210
(a)	Prozess-Relevanz des in den materiellen Grundrechten angesiedelten „Grundrechtsschutzes durch Verfahren“.....	210
(b)	Anders als beim allgemeinen Wirtschaftlichkeitsprinzip bestehende Möglichkeit zur Anknüpfung an den „Grundrechtsschutz durch Verfahren“....	211
(c)	Konkurrenz zur Anknüpfung an die Prozessgrundrechte.....	212
(3.)	Bewertung.....	217
b)	Prozessökonomiegebot aus den materiellen Grundrechten, unabhängig von deren Verfahrensdimension.....	218
c)	Artikel 2 II im Speziellen.....	220
d)	Artikel 3 GG im ganz Speziellen.....	221
5.	Die Institution Rechtspflege und ihre „Funktionsfähigkeit“.....	222
a)	Kurzbetrachtung des Funktionsfähigkeitsaxioms selbst.....	222
b)	Erster Einwand: Funktionsfähigkeit ist selbst nur mittelbar relevant.....	225
c)	Zweiter Einwand: Funktionsfähigkeit als zu bescheidene Maßgabe.....	226
6.	Rechtsstaatsprinzip.....	227
7.	Sozialstaatsprinzip.....	228
8.	(Verfassungs-)Gewohnheitsrecht.....	230
a)	Spielraum für Gewohnheitsrecht in der verfassungsrechtlichen Sphäre.....	231
(1.)	Einwand des Mangels an Legitimation.....	231
(2.)	Einwand der Sperrwirkung von Artikel 79 I 1 GG.....	232
(3.)	Einwand der Bindung durch Artikel 20 III GG.....	237
(4.)	Der Kompetenzverteilungs-Einwand.....	239
(5.)	Einwand mangelnder Flexibilität des Gewohnheitsrechts.....	239

(6.) Einwand inhaltlicher Geschlossenheit des Verfassungsrechts und (trotzdem) noch möglicher Gehalt verfassungsgewohnheitsrechtlicher Normen.....	241
b) Vorliegen der Voraussetzungen für Verfassungsgewohnheitsrecht.....	243
B. Ergebnis zu den verfassungsrechtlichen Säulen der Prozessökonomie.....	248
Abschnitt II – Europarechtlicher Feinschliff.....	249
§ 1 Relevanz des Europarechts: Relevante Rechtsquellen und ihr jeweiliger Rang.....	249
A. Relevanz der Europäischen Menschenrechtskonvention.....	249
B. Relevanz des Rechts der Europäischen Union.....	250
I. Europäische Kompetenz für die Sachfrage?.....	251
II. Europäische Kompetenz für einen Prozessökonomiegrundsatz im mitgliedstaatlichen Verfassungsrecht?.....	256
§ 2 Sachlicher Gehalt des Europarechts.....	256
A. Europäische Menschenrechtskonvention.....	256
I. Artikel 6 EMRK.....	256
II. Artikel 13 EMRK.....	258
III. Artikel 2 des Protokolls Nr. 7 zur EMRK.....	258
IV. Artikel 5 III EMRK.....	260
V. Ergebnis zum Gehalt der EMRK.....	260
B. Recht der Europäischen Union.....	261
I. Allgemeines.....	261
II. Per se prozessrechtsorientierte Vorgaben des Europarechts.....	263
1. Artikel 19 I Satz 3 EUV.....	263
2. Artikel 81, 82 AEUV.....	264
3. Artikel 19 I 2 EUV.....	265
4. Art. 47 (und 48) der EU-Grundrechtecharta.....	266
5. Allgemeine Rechtsgrundsätze gemäß Art. 6 III EUV.	267
III. Materiellrechtliche Vorgaben und „Effet utile“.....	269
IV. Bilanz zur Bedeutung des Europarechts.....	271
Teil 4:	
Reichweite des Prozessökonomieprinzips.....	275
Abschnitt I – Außenrechtscharakter.....	275

Abschnitt II – Adressaten (Verpflichtete).....	276	
§ 1 Judikative.....	276	
§ 2 Exekutive.....	276	
§ 3 Legislative.....	277	
§ 4 Private als Adressaten des Prozessökonomieprinzips?.....	278	
Abschnitt III – Relevante Sachverhalte innerhalb und außerhalb des abstrakt zu regelnden und konkret zu erledigenden Prozesses.....	278	
§ 1 Potenziell relevante Sachverhalte.....	279	
§ 2 Abgrenzung und Abschichtung.....	281	
A. Ausgangspunkt.....	281	
B. Kosten, Nutzen und Ökonomie des Einzelprozesses.....	282	
C. Einbeziehung außerprozessualer Konsequenzen in die Betrachtung der Prozesswirtschaftlichkeit eines konkreten Verfahrens.....	282	
D. Fortsetzungen des Prozessrechtsverhältnisses im Instanzenzug.....	284	
E. Weitere Prozessrechtsverhältnisse derselben Beteiligten.....	287	
I. Fragestellung.....	287	
II. Antwort (bejahend) entsprechend der schon allgemein befürworteten Einbeziehung außerprozessualer Konsequenzen.....	288	
F. Prozessrechtsverhältnisse höchstens teilweise identischer Beteiligter.....	290	
G. Belange der Justiz im Ganzen.....	291	
H. Relevanz entsprechend einer Zuordnung im föderalen System.....	294	
Abschnitt IV – Subjektivrechtlicher Gehalt?.....	296	
 Teil 5: Rechtserheblichkeit der Bejahung eines verfassungsrechtlichen Prozessökonomiegrundsatzes.....		299
Abschnitt I – Relevanz für die juristische Argumentation.....	299	
§ 1 Erheblichkeit für die Gesetzgebung.....	299	
A. Rechtsfolgen für die Rechtspolitik.....	299	
B. Zusätzliche, rechtspolitisch begründbare Konsequenzen.....	300	
§ 2 Relevanz für die Gesetzesanwendung.....	302	
A. Einfluss auf die Gesetzesauslegung.....	302	

B.	Erschließung gesetzlich belassener Entscheidungsspielräume.....	303
C.	Erlaubt das Wirtschaftlichkeitsprinzip ein Ausbrechen aus (gesetzlich) normierten Entscheidungsspielräumen?.....	304
I.	Problemstellung.....	304
II.	Nicht weiterführende Lösungsansätze.....	305
1.	Untauglichkeit verfassungskonformer teleologischer Auslegung.....	305
2.	Rechtsschutzgarantien.....	306
III.	Argumente gegen einen Notausstieg „Prozessökonomie“.....	307
1.	Einfaches Recht als schon umgesetztes Verfassungsrecht.....	307
2.	Zusätzlich entgegenstehendes Verfassungsrecht.....	308
a)	Bindung an Gesetz und Recht.....	309
b)	Richterliche Unabhängigkeit.....	309
c)	Rechtssicherheit.....	310
d)	Vorbehalt des Gesetzes.....	310
IV.	Unterscheidung nach dem Normgeber.....	312
V.	Resultat zum Derogationspotenzial der Prozessökonomie	312
§ 3	Qualifiziertere Formen der Herstellung von Prozessökonomie.....	314
§ 4	Effizienz-Abhängigkeit der Effizienz-Betrachtung selbst.....	315
Abschnitt II – Konsequenzen von Verstößen.....		316
§ 1	Rechtsfolgen von Verstößen.....	316
A.	Rechtswidrigkeitsmakel.....	316
B.	Rechtsfolgen.....	316
I.	Verstöße durch private Beteiligte.....	317
II.	Rechtsfolgen bei Verstößen durch Stellen der öffentlichen Gewalt.....	318
1.	Gesetzgeberische Verstöße.....	318
2.	Exekutive Verstöße.....	319
3.	Gerichtliche Verstöße.....	321
§ 2	Geltendmachung von Verstößen.....	323
A.	Abhilfe gegen Verstöße durch Private.....	323
B.	Abhilfe gegen gesetzgeberische Verstöße.....	326
C.	Abhilfe gegen Verstöße durch Stellen der Exekutive.....	327
D.	Abhilfe gegen gerichtliche Verstöße.....	328
I.	Bereinigung im noch laufenden Verfahren.....	329
1.	Selbstberichtigung.....	329
2.	Heilung.....	330
3.	Möglichkeiten einstweiliger Gewährung von Rechtsschutz.....	330

4. Zur Kontrolle zwingende Rechtsschutz-möglichkeiten.....	331
5. „Verzögerungsrüge“.....	331
6. Nichterhebung von Kosten.....	333
II. Nachträgliche Abhilfe oder Wiedergutmachung.....	334
1. Rechtsmittel.....	334
2. Wiederaufnahme.....	335
3. Einschreiten des Rechnungshofs.....	335
4. Verfassungsbeschwerde.....	336
5. Anrufung von EGMR und EuG(H).....	337
6. Staatshaftung.....	339
7. Dienstaufsicht.....	341
8. Strafprozessuale Spezifika.....	345
Teil 6:	
Ergebnisse und Bewertung.....	347
Abschnitt I – Resümee der gesammelten Erkenntnisse.....	347
Abschnitt II – Fazit.....	350
Literaturverzeichnis.....	357
Stichwortverzeichnis.....	379